

Das PC-Monster

Kaum ein Reizwort spaltet die USA so sehr wie Political Correctness. Was zu mehr Freiheit führen sollte, führt heute oft zu mehr Unfreiheit – und hat die Rechte stark gemacht.

Von Philipp Oehmke, Der Spiegel, 03.12.2016

Es ist ein Freitagnachmittag in Oberlin in Ohio, einen knappen Monat bevor das Land Donald Trump zu seinem Präsidenten wählen wird. Die letzten Seminare, Kurse und Vorlesungen der Woche sind soeben zu Ende gegangen, eine junge Frau kommt barfuß angelaufen, ein Hula-Hoop-Reifen kreist um ihre Taille, andere führen eine Art rhythmischen Tanz auf, dazu läuft afrikanische Musik, zwei schwarze Studenten rappen.

Die Szene könnte auch an einem Strand voller Rucksacktouristen spielen, doch dies hier ist eine der teuersten Hochschulen des Landes.

Viele Studentinnen haben grün oder blau gefärbte Haare, sie tragen Piercings, und ihr Kleidungs Vorbild scheint die "Girls"-Erfinderin Lena Dunham zu sein, der Star, der auch hier studiert hat.

Dass das Land ein paar Wochen später Donald Trump wählen könnte, scheint hier undenkbar. Dabei ist dieses Land nur wenige Meilen entfernt. Oberlin liegt in

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ohio, einem der Swingstates, die Trumps Wahlsieg ermöglicht haben. Fährt man die College Road nur fünf Minuten stadtauswärts, steckt im Rasen eines jeden Vorgartens ein blaues Schild mit der Aufschrift "Trump Pence 2016".

Es sind Orte wie Oberlin, in denen jene linksliberale Elite herangezüchtet wird, von der Trump-Leute im Wahlkampf mit so verächtlichen Worten gesprochen haben.

Als ein paar Monate zuvor in Oberlin und an anderen liberalen Universitäten irgendjemand mit Kreide "Trump 2016" an Häuserwände und auf Bürgersteige geschrieben hatte, erlitten einige Studenten dadurch nach eigenen Angaben ein Trauma. An manchen Universitäten kam es zu Demonstrationen. Die Studenten forderten "safe spaces", geschützte Räume, in die die Zumutung des Namens dieses "faschistischen, rassistischen Kandidaten" nicht eindringe.

Überhaupt: "safe spaces". In den Monaten vor der Wahl ist dieser Begriff einer der meistdiskutierten in Oberlin. Das Konzept kommt ursprünglich aus dem Feminismus und beschreibt einen physisch wie intellektuell geschützten Raum, der einen vor potenziell beleidigenden, verletzenden oder gar traumatisierenden Gedanken oder Äußerungen und somit, wenn man so will, vor der Welt beschützt. Als im vergangenen Jahr die konservative Philosophin und Feminismuskritikerin Christina Hoff Sommers in Oberlin einen Gastvortrag halten sollte, war ein Teil der Studenten nicht einverstanden, Sommers' Ansichten zum Feminismus stellten "micro aggressions" dar.

Als Sommers trotzdem auftrat, richteten einige Oberlin-Studenten währenddessen einen "safe space" ein, in dem, wie ein Professor berichtete, zur Beruhigung und Traumapflege "New-Age-Musik lief, man sich massieren und von Stofftieren trösten" lassen konnte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Micro aggressions" sind die begrifflichen Geschwister der "safe spaces", kleine, von den Opfern als übergriffig wahrgenommene Äußerungen; dazu kommen "trigger warnings", kurze Hinweise vor einem Text, Bild, Film oder Kunstwerk, die informieren, dass das Folgende möglicherweise bei betroffenen Menschen die Wiederauffrischung einer traumatischen Erfahrung oder einer posttraumatischen Belastungsstörung "triggern", also auslösen können. Sicher ein sinnvoller Schutz für Menschen, die aus dem Krieg kommen, die aus ihrer Heimat geflohen sind oder anderweitig Härte und Gewalt ausgesetzt waren.

In Oberlin aber hat sich ein Student bei der Hochschulleitung beschwert und eine Trigger-Warnung für Sophokles' "Antigone" gefordert. Die in dem Drama behandelten Suizide hätten in ihm starke Gefühle ausgelöst. Ihn, der selbst eine Zeit lang unter Suizidbeobachtung stand, hätte man warnen müssen. In einem Aufsatz für die Hochschulzeitschrift verglich Cyrus Eosphoros, so der Name des Studenten, eine Trigger-Warnung mit Auflistung der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln: "Menschen sollten das Recht haben zu wissen und sich einverstanden zu erklären, womit sie ihren Kopf füttern." Mittlerweile hat Eosphoros sein Studium hier abgebrochen.

Die Forderung nach "safe spaces" und Trigger-Warnungen sowie die Beschwerde über Mikroaggressionen, all das fällt in den USA unter den Begriff der Political Correctness.

Kaum ein anderer Begriff ist derart ideologisch aufgeladen und umkämpft wie dieser. Am verbreitetsten ist seine Verwendung als Schimpfwort: Aus dem Mund der Rechten, aus dem Mund Donald Trumps und seiner Millionen Unterstützer beschreibt er eine selbst auferlegte Zensur. Er gilt als Ausdruck einer Opferkultur, in der ein hypersensibler "linksliberaler Mainstream" (auch so ein Schimpfwort) sich von jeder Abweichung vom eigenen Denken abschotten will. Ihre Gegner verstehen politische Korrektheit als Fixierung auf die Bedürfnisse von Minderheiten und die eigene Identität, auf Hautfarbe und Geschlecht.

Wer nun, einen Monat nach der Wahl, nach den Voraussetzungen sucht, unter denen der Trump-Sieg möglich werden konnte, gelangt relativ schnell zur Weigerung vieler Trump-Gegner bis hin zu Clintons Wahlkampfteam, sich der unbequemen Tatsache einer Heerschar von begeisterten Trump-Fans überall im Land zu stellen. Es ist, als hätte sich das liberale Amerika im Angesicht von Trump kollektiv in einen "safe space" verzogen, und als es aus diesem nach der Wahl wieder auftauchte, hatte Trump gewonnen.

Politische Korrektheit war nicht immer gleichbedeutend mit Überempfindlichkeit, Wohlfühloasen oder Zensur. Kein Projekt der Bildungselite und des Establishments, als das sie heute gesehen wird, sondern eines der Gegenkultur. Ein Versuch, die öffentliche Debatte von den über Jahrhunderte geläufigen, mit Rasse, Geschlecht, Herkunft zusammenhängenden Vorurteilen zu befreien, von all den scheinbar beiläufigen, aber doch ziemlich hasserfüllten Abschätzigkeiten, unter denen vor allem Minderheiten, Schwächere zu leiden hatten. Es sollte der Versuch sein, die Sichtweisen dieser Minderheiten überhaupt einmal zuzulassen in der öffentlichen Debatte.

Dass Denken mit Sprache beginnt, war eine der Annahmen der politischen Korrektheit. Wer sich abschätzig ausdrückt, denkt auch so. Eine andere Annahme ist jene des ständigen Fortschritts. Menschen entwickeln sich, Diskriminierung und Ungleichheit werden Jahrhundert für Jahrhundert zurückgedrängt, von der Abschaffung der Sklaverei über das Frauenwahlrecht bis hin zur gleichgeschlechtlichen Ehe und der wachsenden Akzeptanz von Transgender-Menschen. Fortschritt war die Integration von ehemals Unterdrückten und Minderheiten. So weit die Theorie.

Doch im vergangenen Jahrzehnt hat die Obsession für Minderheiten und ihren Opferstatus möglicherweise überhandgenommen. In einem viel diskutierten Beitrag

für die "New York Times" hat Mark Lilla, Professor an der New Yorker Columbia University, Ende November die Ansicht vertreten, der amerikanische Liberalismus sei in den vergangenen Jahren von einer Hysterie bezüglich Rasse, Geschlecht und sexueller Identität ergriffen worden. Es sei ein strategischer Fehler Hillary Clintons gewesen, so Lilla, dass sie sich in ihrer Kampagne zu sehr an Afroamerikaner, Latinos, Homosexuelle und Frauen gewandt habe. "Die Fixierung auf Vielfalt in der Schule und in der Presse hat eine Generation von Liberalen und Progressiven hervorgebracht, die sich auf narzisstische Weise vor den Problemen derer verschließt, die außerhalb ihrer selbst definierten Gruppen stehen."

Während sich die weiße Arbeiterklasse und die Unterschicht hinter Trump scharten, war die Studentenschaft in Oberlin damit beschäftigt, eine Demonstration gegen das Essen im Afrikan Heritage House zu organisieren. Einige Studenten hatten darauf hingewiesen, dass die Gerichte allenfalls eine verwestlichte Interpretation der Originalrezepte darstellten, eine Respektlosigkeit gegenüber afrikanischer Tradition. Auch für dieses Vergehen gibt es einen Begriff: "cultural appropriation", eine kulturelle Aneignung, eine Anmaßung.

Asiatische Studenten wiederum beschwerten sich, in der Mensa werde das Bánh Mì, eine Art vietnamesisches Sandwich, nicht mit den korrekten Zutaten zubereitet – das sei kultureller Imperialismus.

Die Hochschule nahm die Vorwürfe ernst, so wie sie alle Beschwerden von Studenten ernst nimmt. Aus Angst um ihren Ruf, aus Angst vor juristischen Auseinandersetzungen, die zu bestreiten die häufig wohlhabenden Eltern der Studenten finanziell locker in der Lage sind.

Die Betreiber der Mensa mussten sich öffentlich entschuldigen. Wobei sich nicht nur vietnamesische Studenten gekränkt hätten fühlen sollen. Es betraf alle. Ein

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

weiterer Begriff in Oberlin ist nämlich "allyship", die Theorie geht folgendermaßen: Wer sein Leben als weißer, heterosexueller Mann verbracht hat, wird nie verstehen können, warum ein falsches Sandwich ein Trauma auslösen kann. Genauso wird er nie wirklich begreifen, welchen systemimmanenten Mikroaggressionen eine schwarze Frau ausgesetzt sein könnte. Er kann sich aber zu ihrer Verbündeten machen, zu ihrer "ally", ihre Erfahrungen ernst, zur Kenntnis und für bare Münze nehmen, unabhängig davon, ob sie persönlich nachvollziehbar sind.

Manchen Professoren wird das zu viel. Einer von ihnen ist Roger Copeland. Er ist an diesem Freitagnachmittag in den einzigen Laden in Oberlin gekommen, in dem sich tagsüber alle treffen – die Professoren, Studenten, Aktivisten –, das Slow Train Cafe, und möchte über all das reden, was ihm, wie er findet, seinen Beruf zerstört hat. Er hat ein Abfindungsangebot angenommen und wird die Universität in wenigen Wochen verlassen. Professor Copeland lehrt seit 40 Jahren in Oberlin. Er unterrichtet Theater, und so gibt er sich auch. Er trägt ein Hawaiihemd und artikuliert sich auch im normalen Gespräch, als rezitierte er Shakespeare-Verse von einer Bühne.

Copeland entspricht dem Stereotyp des engagierten linken Theater-AG-Leiters, in den Siebzigerjahren ist Copeland selbst auf die Straße gegangen, gegen Vietnam, gegen Watergate, die großen Sachen, zweimal wurde er verhaftet.

Seine Studenten hingegen kämpfen um Personalpronomen. Copeland kann das nicht verstehen. Die Studenten wollen nicht mehr als "er" oder "sie" angeredet werden, sondern mit "X" oder "they" oder ganz neuen erfundenen Personalpronomen. Aus den Begriffen "Latina" oder "Latino" für Menschen mit mittel- oder südamerikanischen Wurzeln ist in Oberlin das geschlechtsneutrale "LatinX" geworden.

Vor zwei Jahren hat Copeland zu Beginn einer Theaterprobe eine Videocutterin gefragt, ob sie es schaffe, das Material bis Ende der Woche zu schneiden. Irgendwie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

bekam er keine sofortige Antwort, es war hektisch. "Yes or no?", rief er in seiner exaltierten Art. "Yes or no?"

Die Studentin, laut Copeland eine amerikanisch-asiatische lesbische Frau, stürmte aus der Probe, nichts Ungewöhnliches im Theater. Später wurde Copeland zum Dekan bestellt. Er habe eine Studentin erniedrigt und eine feindliche und – da war es wieder, das Wort – "unsafe" Lernsituation geschaffen. Der Dekan reichte ihm ein Formular, das er unterschreiben sollte. Copeland weigerte sich, er nannte die Namen anderer Anwesender, die bezeugen würden, dass er die Studentin nicht beschimpft habe. Darauf komme es nicht an, beschied der Dekan. Es reiche, wenn die Studentin sich "unsafe" gefühlt habe.

Die Angelegenheit mündete in eine offizielle Untersuchung wegen sexuellen Fehlverhaltens. Copeland engagierte Anwälte, nach einem Jahr wurde das Verfahren eingestellt. Es hatte Copeland Tausende Dollar gekostet und, viel schlimmer, seinen ideologischen Kompass.

Was war hier los? Wo, wenn nicht hier, würden sich junge Menschen zu mündigen Bürgern entwickeln können, die sich auch unangenehmen Ansichten stellten?

Nach seinem Selbstverständnis war Copeland ein Linker. Einer, der sich für soziale Gerechtigkeit einsetzte, für die Rechte der Schwachen, die Freiheit und vor allem die freie Rede. Nun sind da Studenten, die ihn als alten, reaktionären Opa abtun, der nichts versteht von der Verletzbarkeit der Identitäten, der Hautfarben und Geschlechter, seien sie männlich, weiblich oder auf verschiedenen Abstufungen dazwischen, schwul, lesbisch, bi oder transsexuell, LGBTQ (Lesbian, Gay, Bi, Transgender, Queer), wie das inzwischen heißt – oder "cisgender".

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Cisgender ist ein relativ neues Wort. Copeland hat es gerade erst gelernt. Und er hat gelernt, dass es als Schimpfwort gebraucht wird. Es bezeichnet ziemlich genau, was er ist: ein weißer, heterosexueller Mann, der sich sicher ist, keine Frau sein zu wollen und noch nicht einmal wenigstens ein bisschen bi ist.

Doch Copeland ist nicht das einzige Opfer. Quer durchs Land haben teils hysterische "social justice warriors", Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, wie sie spöttisch genannt werden, eine Spur der Verwüstung hinterlassen bei Professoren, Künstlern, Schriftstellern – und sogar DJs.

In einer College-Bar an der University of North Carolina beschwerte sich in einer Samstagnacht die Studentin Liz Hawryluk beim DJ, als dieser Robin Thickers "Blurred Lines" spielte. Der Song war der Hit des Sommers, alle Diskotheken weltweit spielten ihn, doch Hawryluk verlangte, dass der DJ den Song sofort unterbreche.

Er enthält die Zeile: "Good girl ... I know you want it". Angeblich Worte, die ein Vergewaltiger spricht.

Als der DJ sich weigerte, und die Studentin insistierte, wurde sie gebeten, die Bar zu verlassen. Hawryluk schrieb auf Facebook über ihre Erfahrung und dass die Songzeile Opfer von Vergewaltigungen "triggere", also in eine psychische Ausnahmesituation bringe, in der sie ihr Trauma neu durchlebten. Als ihr Post vielfach geteilt wurde, entschuldigte sich die Bar öffentlich und feuerte den DJ.

Die feministische Filmforscherin Laura Kipnis, Professorin an der Northwestern University bei Chicago, hat sich gegen ein Verfahren wehren müssen, nachdem sie in einem Aufsatz in einem Fachjournal vor einer gewissen Paranoia in sexuellen Fragen gewarnt hatte. Der Text richtete sich vor allem gegen ein neues Verbot der Universität,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

das Sex oder Beziehungen zwischen Studenten und Professoren untersagte. Außerdem trat Kipnis gegen das unter Studentinnen obsessive Gerede über Traumata und Empfindsamkeit ein. Das sei ein Rückfall in alte Rollenmuster, die verletzbare Frau, das hilflose Opfer und der Mann als Täter.

Die hilflosen Studentinnen aber wehrten sich. Erst eine Facebook-Seite. Dann eine Demonstration, dann zeigten zwei Studentinnen Kipnis wegen eines sexuellen Vergehens an. Sie argumentierten, dass Kipnis' Essay einen "abschreckenden Effekt" habe auf Studentinnen, die einen sexuellen Übergriff anzeigen wollen. Auch Kipnis musste sich Anwälte nehmen, nach 72 Tagen Untersuchungen wurden die Vorwürfe fallen gelassen. Die Professorin hat das Verfahren später in einem Text als ein absurdes, an einen Kafka-Roman erinnerndes Theater beschrieben.

Roger Copeland hat lange nachgedacht, wo diese Verletzlichkeiten und Sensibilitäten herrühren könnten. "Die Beziehung meiner Studenten zur Welt ist kontinuierlich gefiltert, immer nur mittelbar, durch das iPhone, durch die sozialen Netzwerke, die sie abonniert haben. Die Generation hat keinen unmittelbaren Zugriff auf die Realität mehr."

Nur der Seminarraum, wo plötzlich jemand wie Copeland zu ihnen spricht, ist eine Unterbrechung ihrer gefilterten Realität. Diese Unterbrechung ruft Abwehrreaktionen hervor bei demjenigen, der gewohnt ist, nur noch ausgewählte, mit Warnungen versehene, von allen Mikroaggressionen befreite Meldungen aus einer politisch korrekten Welt zu empfangen. Der Internetaktivist Eli Pariser hat diese oft durch Computermodelle vorgenommene Informationsselektion "Filterblase" genannt.

Sozial-kulturelle Fortschrittlichkeit ist für die Studenten zum Fetisch geworden, darüber vergessen sie alles andere.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Professor Marc Blecher, der Politikwissenschaften in Oberlin lehrt, gern Marxismus unterrichtet, hatte schon einen Monat vor der Wahl bei einem Treffen – ebenfalls im Slow Train Cafe – gewarnt, dass die heutige Generation seiner Millennial-Studenten zwar viel von sozialem Wandel spricht, aber den entscheidenden Gedanken dabei aus den Augen verloren habe: die Klasse.

Vor lauter Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung und den damit verbundenen Mikroaggressionen übersähen sie, was Donald Trump erkannt habe: Die meisten Menschen in den USA sind nicht unglücklich oder wütend wegen ihres Geschlechts, ihres Personalpronomens oder eines fehlenden Warnhinweises vor der Lektüre von F. Scott Fitzgeralds "Der große Gatsby" (wegen Misogynie). Sie sind wütend, weil sie ihre Miete nicht zahlen können und das Gefühl haben, dass dies keinen interessiert, während sich die liberal-progressive Öffentlichkeit darüber streitet, ob Transsexuelle nun die öffentliche Toilette ihres biologischen oder ihres gefühlten Geschlechts benutzen sollten. Müsste es anstatt um Begriffe und Identitäten nicht um Verteilungskämpfe gehen?

Das Ausweichen auf diese Themen zeige oft auch die Hilflosigkeit der Studenten. Er wolle keine Missverständnisse aufkommen lassen: "Hier studieren nicht nur verwöhnte Töchter und Söhne. Eine progressive Universität wie Oberlin legt Wert darauf, Studenten aus sozial schwachen Familien aufzunehmen. Kids von der Straße, oft Schwarze oder Latinos. Die haben die letzten fünf Jahre wie verrückt gearbeitet, und ihr Vertrauenslehrer an der Highschool hat es irgendwie geschafft, sie an einer Uni wie Oberlin unterzubringen. Sie sind die vielversprechendsten Studenten, die wir finden konnten. Und wissen Sie was? Die kommen hier an – und es ist die Hölle für sie!" Die akademischen Ansprüche seien hoch. Deshalb hätten diese Studenten dann das Gefühl, dass sie nicht dazugehören – und auf eine Art gehörten sie nicht dazu. "Natürlich nicht. Das ist Augenwischerei. In seinem Kern ist Oberlin ein höchst exklusiver Ort, der gleichzeitig versucht, offen zu sein. Was tun diese Studenten also? Sie schlagen um sich." Und suchten dafür eine Sprache, Begriffe wie "micro aggressions", "safe space" und das Konzept von Intersektionalität, das bedeutet, dass

man mehrere Minderheitenidentitäten in sich vereint. "Sie entwickeln immer größeren Frust – und dann attackieren sie das Essen in der Mensa!"

Das Interessante sei, sagt Blecher, dass das Gefühl der Studenten stimme. Doch sie leiteten ihre Wut auf die falschen Ziele. "Was sie wirklich unten hält, sind die Klassen- und Rassendynamiken in diesem Land. Doch darüber reden wir nicht."

Wenn überall Mikroaggressionen lauern und Trigger-Warnungen nötig sind, lässt sich irgendwann über vieles gar nicht mehr reden. Die Kinder der 68er haben die Freiheiten, die die Eltern erkämpft hatten, als selbstverständlich genommen und achselzuckend ausgelebt. Die Enkel der 68er wollen Teile dieser Freiheiten nun wieder zurücknehmen. Die ursprünglich höchste dieser von der linken Studentenbewegung einst erstrittenen Errungenschaften wird inzwischen paradoxerweise vor allem von den Populisten und den Rechten reklamiert: die freie Rede.

Wenn Donald Trump Mexikaner, die über die Grenze kommen, Vergewaltiger nennt, wenn er einen Witz über Frauen macht, wenn auf Veranstaltungen zu seinen Ehren Leute den Arm zum Hitlergruß heben und die Fans seines Chefberaters Steve Bannon "Seig Heil" twittern – all das fällt unter "freedom of speech".

Die Rollen wurden komplett getauscht. Während eine junge studentische linke Bewegung durch Trigger-Warnungen und "safe spaces" in Kauf nimmt, die Redefreiheit, die ihre politischen Vorfahren erkämpft haben, zu kassieren, wird diese Redefreiheit ausgerechnet von der Rechten, deren politische Vorfahren sie seinerzeit verhindern wollte, verteidigt.

Diese neue Rechte ist zum Beispiel täglich auf dem Nachrichtensender Fox News zu besichtigen. Die Freiheit der Rede bedeutet für sie die Erlaubnis zur Beleidigung. Meinungsäußerung einen Freifahrtschein für Unwahrheiten. Auch das ist

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

das Problem dieses neuen Trump-Amerikas: Während ein Teil der Bevölkerung immer sensibler wird und "Antigone" nicht mehr lesen will, wird der andere Teil immer maßloser und nennt Mexikaner Vergewaltiger und sieht in Muslimen Terroristen. Und in Donald Trump haben sie bald jemanden als Präsidenten, der sie ermutigt.

Denn, so geht ihr Narrativ, sie würden ja gern sagen, was die denken, aber die "social justice warriors", die Hüter der Political Correctness, allen voran die "liberalen Medien", lassen sie ja nicht. Auch sie fühlen sich als Opfer, jedenfalls tun sie so: Man dürfe ja nichts mehr sagen in diesem Land. Und damit fühlen sie sich wie die linken Studenten Anfang der Sechzigerjahre. Nur dass die damals wirklich nicht alles sagen konnten.

Bettina Aptheker war damals, vor 52 Jahren, eine der Anführerinnen des Free Speech Movements. In der Nacht zum 2. Oktober 1964 kletterte sie vor der Sproul Hall der Universität Berkeley bei San Francisco auf das Dach eines Polizeiwagens und hielt eine Rede. Aptheker war 20. In der Rede zitierte sie den ehemaligen Sklaven Frederick Douglass mit dem Satz "Die Macht wird nie etwas aufgeben, es sei denn, man fordert es." Das war einer der Auslöser für eine Bewegung, die sich zuerst im Westen und schließlich fast weltweit für soziale Veränderungen einsetzte, für Frauenrechte, Bürgerrechte, später für Schwulen-, noch später für Transgenderrechte, eine Bewegung, die in einer direkten Linie bis hin zu Studenten führt, wie es sie am Oberlin College gibt. Nur dass die am Ende das Gegenteil von dem erreichen, was einmal die Ursprungsidee war. Wenn man so will, haben Aptheker und ihre Mitstreiter ein Monster gezüchtet, das PC-Monster.

Doch auch Bettina Aptheker ist sich nicht mehr sicher, ob das Recht der freien Rede in diesen Zeiten jede Beleidigung aufwiegt. Sie ist immer noch an der University of California, inzwischen als Professorin für Feminist Studies. Der Kurs, den sie an diesem Vormittag Ende September hier auf dem Campus in Santa Cruz unterrichtet hat, heißt "Feminism and Social Justice". Die Begriffe, die die Studenten von heute

benutzen, kommen mehr oder weniger alle aus der feministischen Terminologie.

"Wenn Trump bei einer der Fernsehdebatten Hillary Clinton auf den Rücken klopft", sagt Aptheker, "dann ist das eine klassische Mikroaggression."

Ihre Eltern gehörten zu den prominentesten und schillerndsten Kommunisten der USA, verfolgt in der McCarthy-Ära. Sie selbst war in der KP. Allein dadurch, sagt sie, seien ihr die Zwänge der politischen Korrektheit vertraut. Heute ist sie 72 und lebt seit 40 Jahren mit einer Frau zusammen, aus einer Ehe davor hat sie zwei Kinder. Sie zeigt Fotos, die im Bücherregal stehen, Fotos von Familien, die fast nur aus Frauen bestehen. Auch ihre Tochter ist offen lesbisch und kommt mit ihren Kindern und ihrer Partnerin zu Weihnachten. Allein darin zeigt sich eine Veränderung, die sich vor einem halben Jahrhundert kaum jemand hätte vorstellen können.

"Wir waren jung und unerfahren damals. Jeder sollte alles sagen dürfen, egal zu welchem Preis." Über den letzten Halbsatz ist Aptheker jetzt ins Grübeln gekommen.

Für sie bestand der Preis damals zum Beispiel darin, dass ein Haufen amerikanischer Neonazis auf dem Campus in Berkeley auftauchte, in voller Montur, mit Hakenkreuzbinden, und ein Plakat hochhielt, auf dem "Burn Aptheker" stand. Aptheker schluckte, aber fand es in Ordnung, sie hielt diese Aufforderung durch die freie Meinungsäußerung für gedeckt.

Heute kommt Aptheker schon bei den Halloween-Kostümen ins Nachdenken. Die Kostüme hatten vergangenes Jahr für eine landesweite Diskussion gesorgt, als an der Universität Yale ein "Komitee für Interkulturelle Angelegenheiten" Studenten davor gewarnt hatte, sich für Verkleidungen zu entscheiden, die als Anmaßung gegenüber anderen Kulturen verstanden werden könnten: also bitte keine Turbane, keinen Federschmuck, keine Kriegsbemalung, kein schwarz gefärbtes Gesicht.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vielleicht ist an einer solchen Einschränkung der Freiheit etwas dran. Apotheker ist sich heute nicht mehr sicher, ob man es in Kauf nehmen muss, dass im Namen der Redefreiheit Schwächere beleidigt werden. Sie hat in der Feminismuslehre viel über Mikroaggressionen gelernt.

Vor einem halben Jahrhundert, als sie selbst in Berkeley demonstrierte, ging es zunächst um Wichtigeres, zum Beispiel um das Wahlrecht für Schwarze, da war für Alltägliches wie die "5000 Mikroaggressionen, denen ein Schwarzer im Süden der USA täglich ausgesetzt" war, noch kein Raum.

Aber geht es heute nicht wieder um genauso wichtige Themen?

An der Ecke Bancroft Way und Telegraph Avenue in Berkeley, jener Ecke am Südeingang der Universität, an der Apotheker auf dem Polizeiwagen stand, wartet Ismail Muhammad, 27 Jahre alt, Doktorand und Dozent. Muhammad ist Afroamerikaner, sieht gut aus, trägt dicke Nike-Basketballstiefel und ist Experte für moderne amerikanische Literatur. Muhammad ist zu gewisser Prominenz gekommen, als er inmitten der Empörung gegen Trigger-Warnungen und "safe spaces" mit ruhiger Selbstverständlichkeit darlegte, warum alles andere als eine Befürwortung dessen geschichtsvergessen, ignorant und gestrig ist. Absolute Redefreiheit sei nicht aufrechtzuerhalten, sagte er. Nicht in Zeiten der Shitstorms in sozialen Netzwerken, der Vernichtung von Existenzen im Internet, der offenen Lügen und Parallelwelten auf den News-Sendern. Das sei der eine Punkt, der andere ist: Die Bewegungen für soziale Veränderungen seit den Sechzigerjahren bis heute seien eigentlich nur eine Fortführung und Weiterentwicklung des 68er-Gedankens gewesen.

Die "social justice warriors" von heute aber stellten erstmals ernsthaft all das infrage, was über die Jahrhunderte an alltäglichen Diskriminierungen üblich war. Das

sei, so Muhammad, die erste wirklich paradigmatische Veränderung seit den Sechzigern, eine neue Stufe.

Ismail Muhammad glaubt, dass die Babyboomer, die mit den Werten von 68 aufgewachsen sind, aber auch ihre Nachfolger, die Generation X etwa, diese Anliegen genauso wenig verstehen, wie Bettina Apthekers Gegner es in den Sechzigerjahren getan haben.

Dass diese Phase ausgerechnet in eine Zeit fällt, in der das Land einen Präsidenten gewählt hat, der für Rassismus und Sexismus steht, könnte der Bewegung Kraft und Legitimation verschaffen. Es könnte auch dazu führen, dass sie ihr Opferselbstverständnis hinter sich lässt. Dass sie sich, wie der Professor Marc Blecher in Oberlin ihnen vorgeschlagen hat, auf die Fragen von Klasse und Armut besinnt. Hätte man das vor 20 Jahren getan, würde Trump in ein paar Wochen wahrscheinlich nicht Präsident werden.

In Oberlin haben sie am Tag nach der Wahl ein Symposium einberufen. Der Titel: "Making Sense of the 2016 Election". Die Wahl 2016 kapieren. Ein paar Tage später forderten 2400 Studenten, Mitarbeiter und Ehemalige dazu auf, Oberlin zu einem "Sanctuary Campus" zu machen, einer Art "safe space" für illegale Immigranten, die die Trump-Regierung angeblich abschieben will.

Wieder ein paar Tage später kam heraus, dass in Oberlin auf 4575 Clinton-Wähler 412 für Trump kamen. Diese sollen nun ausfindig gemacht und zur Rede gestellt werden.